

Laibacher Zeitung.

Nr. 57.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 16, halbj. 7-50.

Mittwoch, 10. März.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 4 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1880.

Nichtamtlicher Theil.

Die Verlobung des Kronprinzen.

Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Kronprinz Erzherzog Rudolf hat sich am 7. d. M. in Brüssel mit Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Stephanie Clotilde Luise Hermine Maria Charlotte, Herzogin zu Sachsen, Tochter Ihrer Majestäten des Königs und der Königin der Belgier, verlobt. Die Nachricht dieses frohen, beglückenden Ereignisses hat in ganz Oesterreich auf das freudigste überrascht und alle Gemüther innigst berührt. Ein Familienfest des habsburgischen Kaiserhauses gilt seit jeher als ein Familienfest für ganz Oesterreich. Die schönen Namen Landesvater, Landesmutter sind in Oesterreich von erhabener patriarchalischer Bedeutung, und das Band der Treue, Liebe und Anhänglichkeit, das die Völker an die erlauchte Dynastie schließt, gestaltet jedes Ereignis am kaiserlichen Hofe zu einem eigensten Feste jedes österreichischen Hauses. Die Feier der silbernen Hochzeit Ihrer Majestäten im verflossenen Jahre hat der Welt das glänzende und erhebende Schauspiel eines Volkes gegeben, das mit seiner besten politischen Empfindung in seinem Regentenhause lebt, und nun ist es die schöne Frühlingskunde dieses Jahres, die Nachricht von der zukünftigen Glückseligkeit des österreichischen Kronprinzen, auf den alles im Vaterlande mit Hoffnungsfreude, mit gerechtem Volkesholz blickt, welche das schöne österreichische Nationalbild: Herrscherhaus und Volk, umschlungen von unveränderlicher Liebe, Treue und Anhänglichkeit, so rührend, so ergreifend vor Augen führt.

Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Stephanie ist die zweite Tochter und das dritte Kind Ihrer Majestäten des Königs Leopold II. und der Königin Marie Henriette. Sie wurde in Laken, dem königlichen Sommerschloße bei Brüssel, am 21. Mai 1864 geboren. Ihre Geschwister sind die Prinzessin Luise, geboren 1858, seit 1875 vermählt mit dem Prinzen Philipp von Coburg, und Prinzessin Clementine, geboren 1872. Ein Bruder, Kronprinz Leopold, ist vor mehreren Jahren im Knabenalter gestorben. Die königlichen Eltern, Leopold II., König der Belgier, Herzog zu Sachsen, geboren zu Brüssel den 9. April 1835, Sohn des Königs Leopold I. und der Königin Luise, Prinzessin von Orleans, und Königin Marie Henriette, Erzherzogin von Oesterreich, geboren den 23. August 1834 zu Budapest, Tochter des Erzherzogs Josef Palatins von Ungarn, und der Erzherzogin Maria Dorothea, gebornen Herzogin von Württemberg, vermählten sich am 10. August 1853 durch Procuration

zu Wien und am 22. August in Person zu Brüssel, als Se. Majestät der jetzige König Leopold II. noch Kronprinz war. Er folgte seinem Vater, dem ersten Könige der Belgier, am 10. Dezember 1865 auf dem Throne. Se. Majestät ist, wie sein königlicher Vater, der sich 1813 als Prinz von Coburg in der Schlacht bei Kulm das Theresienkreuz erlängte, es vor ihm war, Inhaber des k. k. Infanterieregiments Nr. 27.

Die freudigen Empfindungen der Bevölkerung Oesterreichs werden in allen Blättern laut. „Wir erhalten soeben Kunde von einem hochwichtigen Ereignis — schreibt das „Fremdenblatt“, — das in allen Ländern unserer Monarchie mit ungetheilter aufrichtiger Freude begrüßt werden wird. Se. k. und k. Hoheit Kronprinz Erzherzog Rudolf hat sich heute mit der zweiten Tochter des Königs der Belgier, mit der am 21. Mai 1864 gebornen Prinzessin Stephanie verlobt. Aus tiefinnerstem Herzen senden wir die aufrichtigsten Glückwünsche dem hohen Brautpaare und seinen erlauchten Eltern; aber gleichzeitig beglückwünschen wir auch die Völker Oesterreich-Ungarns, die schon lange in inniger Verehrung und voll hoffnungsfreudigen Vertrauens auf den Sohn des geliebten Monarchen schauen. Die Verlobung des Kronprinzen erfüllt den heißen Wunsch von Millionen, welche in Sehnsucht des Momentes warteten, der ihnen die Bürgschaft bringen sollte, daß die hohen Tugenden, die unseren Kaiser auszeichnen, sich in directer Linie von Geschlecht zu Geschlecht fortpflanzen werden. Wenn etwas imstande, die allgemeine Freude über die Verlobung des Kronprinzen noch zu erhöhen, so ist es der Umstand, daß die hohe Braut einem Hause angehört, welches sich wie die belgische Königsfamilie stets eben so sehr durch politische wie durch echt menschliche Tugenden ausgezeichnet hat. Wahrlich, die Völker Oesterreich-Ungarns haben alle Ursache, sich zu der Herzenswahl des Kronprinzen zu beglückwünschen. Sie dürfen in den Tugenden, welche die Familie der hohen Braut auszeichnen, eine vielversprechende Bürgschaft für die glückliche Gestaltung der Zukunft ihres gemeinsamen Vaterlandes erblicken.“

Die „Neue freie Presse“ gibt der allgemeinen Freude in folgenden Worten Ausdruck: „Im Frühlinge des Vorjahres war es, als Oesterreichs Völker in den glänzenden Festen, mit denen sie das Hochzeitsjubiläum des Kaiserpaares feierten, vor den Augen der ganzen Welt Zeugnis ablegten für das innige Band, das die Völker dieser Monarchie mit dem habsburgisch-lothringischen Stamme verbindet. Und wieder naht der Frühling, und wieder kommt den Völkern Oesterreichs aus der alten Hofburg frohe Festeskunde. Die Tochter Leopolds II., die Enkelin

Leopolds I., der als der weiseste unter den Fürsten seiner Zeit von diesen selbst erachtet wurde, ist es, mit welcher der zu den schönsten Hoffnungen berechtigende Sprosse der habsburgischen Dynastie das Verlobnisversprechen gewechselt hat. Und nicht eine Fremde ist, die Kronprinz Rudolf heimführen soll als künftige Herrscherin Oesterreich-Ungarns; dem Erzhaufe entsprossen ist die Braut, welche der Kronprinz in jenem schönen Lande freit, das einst in so innigen Beziehungen zu den österreichischen Erblanden stand. Und wie vor Jahresfrist, so werden sich abermals Oesterreichs Völker ohne Unterschied der Zunge um den Kaiserthron scharen, um ihren Glück- und Segenswünschen Worte zu leihen in der frohen Hoffnung, daß auch diese Verbindung die Wahrheit des alten Satzes bekräftige: Tu felix Austria nube!“

Die „Presse“ erklärt: „Die Tochter des Königs der Belgier ist dem Hause Habsburg und den Völkern Oesterreich-Ungarns keine Fürstin von fremder Herkunft, sondern von nahverwandter Abstammung. Prinzessin Stephanie gehört durch ihre Mutter, eine österreichische Erzherzogin, bereits unserer Kaiserfamilie an. Es vereinigt sich in dieser Wahl alles, um derselben eine jubelnde Begrüßung aller Herzen im Reiche zu bereiten. Die Völker Oesterreich-Ungarns haben die sorgfältige Ausbildung des Kronprinzen für seinen künftigen hohen Beruf, die herrliche Entfaltung seiner körperlichen Vorzüge und geistigen Anlagen, sein bereits im Jünglingsalter hohes und vielversprechendes Streben mit innigster Theilnahme und Befriedigung verfolgt. Dieselben Gefühle bringen sie nun der von ihm getroffenen, für seine wie für ihre Zukunft gleich wichtigen Wahl entgegen. Es ist dies eine Gelegenheit, bei welcher die angestammte familienhafte Anhänglichkeit der österreichischen Völker an das Kaiserhaus, ihre aufrichtige Freude über alle glücklichen Ereignisse desselben sich wieder laut und lebhaft kundgeben wird. Binnen kurzem kehren die Tage wieder, an denen vor Jahresfrist Wien und das Reich mit jubelnden Huldigungen die silberne Hochzeit des Kaiserpaares gefeiert haben — derselbe freudige Jubel wie bei jenem herrlichen Erinnerungsfeste wird sich nun erneuern, um den Herzensbund des Sohnes und Erben als ein glückverheißendes, hoffnungsreiches Unterpfand der Zukunft zu begrüßen.“

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ nennt das Ereignis ein freudiges für die Völker Oesterreichs und fügt hinzu: „daß das belgische Volk der jungen Prinzessin warme Liebe entgegenbringt, und daß die fürstliche Braut als kunstsinning geschildert wird, wie sich dies im classischen Lande der südniederländischen alten Meister kaum anders erwarten lasse.“

Feuilleton.

Die Rumunen in Krain und Istrien.

(Schluß.)

Nun kommen wir auf ein Capitel, wofür wir in der Broschüre des Dr. Miklosich nicht die mindeste Andeutung fanden, auf welches wir aber die Aufmerksamkeit der Geschichts- und Sprachforscher lenken möchten.

Die ältere Generation Laibachs wird sich erinnern, daß noch in der Epoche zwischen dem Laibacher Congresse und der Juli-Revolution Leute in breiträumigen Jacken, weißen knappen Beinkleidern, spanischen Hüten und (bei trockenem Wetter) mit wanderten und Essig feilboten, sie führten diese Ware in Fätschen (sogenannten Lageln), die ein Saumthier trug, und schenken sie auf der Straße aus.* Sie künbigten sich dem Publicum durch das Geschrei: „Jesihahudiga“ an, und begegnete ihnen die aus der Schule heimkehrende hoffnungsvolle Jugend, so wurde das „Jesihahudiga“ im Chor wiederholt; das Auffällige war die Kleidung, die fremdartige Aussprache, weil die echten Slovenen in den beiden Worten das i elidieren, endlich die Nationalität des Verkäufers: er war

nämlich ein Čič, eine Nationalität, welche man als Halbwilde betrachtete.

In diesen Straßenscenen, die vor einem halben Jahrhundert sich in Laibach täglich abspielten, verglichen mit der Jetztzeit, finden wir die Mittel zur Erklärung der Geschichte des Čičen-Volkes, unter welchem es noch ganze Dörfer gibt, die noch jetzt unter sich Rumunisch sprechen.

Die mit Essig hausierenden Čičen waren aus den Dörfern Lipa, Rupa, Zelsane, Dolnje z., die jetzt dem Bezirksgerichte Castelnovo (Novigrad) unterstehen. Wenn sie jetzt nach Laibach kämen und Essig feilbieten möchten, so würden sie sich von den Bauersleuten der Umgebungen Laibachs weder an Tracht noch an der Aussprache bedeutend unterscheiden (?), sie würden „Jesha hudga“ (?) ausschreien. Wie vollzog sich in so kurzer Zeit eine so bedeutende Umwälzung?

Man findet die beste Erklärung darin, wenn man sie als ursprünglich eingewanderte nomadisierende Rumunen annimmt, die sich in dem hauptsächlich zur Weide geeigneten, unfruchtbaren, rauhen Karstgebirge zwischen den krainischen Slovenen und Istrianer Kroaten einkielten und ansiedelten. Von den Nachbarn verachtet und ohne den Cultus in rumunischer Sprache zu haben, waren sie genöthigt, die südslavische Sprache anzunehmen, und weil sie zur Triester Diocese gehörten, deren Geistlichkeit aus Istrianer und Insulaner Kroaten bestand, so eigneten sie sich den kroatischen Accent an.

So wie aber ein großer Theil Innerkrains der Laibacher Diocese einverleibt wurde, kamen wegen des eigenen Priestermangels selbst in die von Čičen bewohnten Dörfer der Triester Diocese krainische Seel-

forger, predigten ihnen Slovenisch, und die Sprachenwandlung vollzog sich in kürzester Zeit. Der Dechant Aleš, ein Krainer, welcher als Kathedral-Domherr in Triest starb, hatte das hohe Verdienst, die Čičen seines Dechantensprengels und vorzüglich seine Pfarrkinder in Zelsane zu civilisiren. Die Sprache wollen wir als Nebensache betrachten, aber er war ihr Meister im Ackerbau, Viehzucht und Pomologie, sowie im Hauswesen und besserer Sitte. Ein guter Seelsorger vermag sehr viel über das Landvolk, aber eine solche rasche Metamorphose läßt sich nur bei einem Volke erklären, welches von seinen Nachbarn wegen der Abstammung und Wildheit verachtet war.

Wir meinen, daß nicht nur alle gegenwärtigen Čičen rumunischer Abstammung sind, sondern daß es einst sogar viel Čičen gab, nämlich ein großer Theil der Bewohner des Karstbodens, dessen Grenzen wir beiläufig wie folgt markiren: Epider See, Utschla-berg, dann eine Linie ober Pinguente bis auf die Hochebene ober Triest, der Bezirk Castelnovo, ein Theil des Territoriums von Castua bis in die Nähe von Fiume. Südöstlich von Albona ist die hochgelegene Gemeinde Skitaca, wo man noch vor wenigen Jahren Rumunisch sprach, wo aber jetzt kaum einige Wörter von wenigen verstanden werden.

Woher nun der Name Čič?

Wir haben die sonderbare Entdeckung vor einigen Jahren in Rom gemacht, daß man die Sandalen (opanke) čoci (slovenisch auszusprechen) nennt, und die sie tragende Bevölkerung Čočari. Ist es nun nicht möglich, daß die Rumunen, welche Opanken trugen und zum Theile noch tragen, diese aus der lingua vul-

* Dem geschätzten Herrn Verfasser scheint es infolge seiner vieljährigen Abwesenheit aus Laibach nicht bekannt zu sein, daß wir ganz den gleichen hier geschilderten originellen Gestalten noch jetzt alljährlich zu gewissen Zeiten in den Straßen unserer Stadt begegnen. — Anm. der Redaction.

Wien, 8. März.

XXX Die freitägige Berathung des Abgeordnetenhauses über den die Aufhebung des Legalisierungszwanges betreffenden Gesetzentwurf wurde stellenweise mit einer Verbissenheit, ja mit einer Erbitterung geführt, welche mit Rücksicht auf den in Verhandlung stehenden Gegenstand nur schwer erklärlich ist. Die Frage, ob der Legalisierungszwang aufrechtzuerhalten, ob er ganz oder theilweise zu beseitigen sei, ist doch eine reine Fachfrage, auf deren Lösung selbst die weitgehendsten nationalen oder sonstigen politischen Meinungsverschiedenheiten nicht den mindesten Einfluss haben können. Der schlagendste Beweis für die Richtigkeit dieser Anschauung dürfte wohl in dem Umstande liegen, daß die Anhänger und Bekämpfer des Legalisierungszwanges sich, unbeschadet der sonstigen Parteistellung der betreffenden Abgeordneten, aus den verschiedensten Parteilagern rekrutieren. Das nahezu gewaltsame Hineintragen nationaler und politischer Momente in die Discussion einer reinen Fachfrage ist aber auch für die Entscheidung der Sache, um welche es sich eben handelt, deshalb von entschieden nachtheiligen Konsequenzen begleitet, weil eine solche unnatürliche Verquickung die ruhige und unbefangene Würdigung der in der Sache selbst maßgebenden Argumente wesentlich erschwert, ja unter Umständen ganz unmöglich macht.

Schon von diesem Gesichtspunkte aus ist es recht erfreulich, daß durch den Beschluß vom letzten Freitag der, nebenbei bemerkt, mehr als mangelhafte Entwurf wieder an den Ausschuss zurückgeleitet wurde, und von diesem nach voraussichtlich ziemlich gründlicher Umarbeitung erst in einigen Tagen neuerlich dem Plenum vorgelegt werden wird. In der Zwischenzeit wird sich wohl die ganz ungerechtfertigte, zum Theile vielleicht auch etwas künstlich genährte Aufregung erheblich gelegt und ruhiger, nüchterner Erwägung Platz gemacht haben. Hoffentlich wird bis zur Wiederaufnahme der Berathung über die Aufhebung des Legalisierungszwanges die Anschauung eine allgemeine geworden sein, daß die zu entscheidende Frage nur durch eine objective, vorurtheilsfreie Würdigung aller für und gegen den Legalisierungszwang sprechenden sachlichen Gründe in ersprißlicher Weise gelöst werden kann, und daß es deshalb im Interesse der Sache selbst gelegen sein muß, alle dieser Sache fernliegenden Momente auch principiell von der Discussion fernzuhalten.

Der Verein „Bürgerschule“ in Wien hat in seiner letzten Plenarversammlung beschlossen, Sr. Excellenz dem Herrn Minister Dr. v. Stremaier folgende Dankadresse zu überreichen: „Excellenz! Die Gefühle aufrichtiger Dankbarkeit und tiefster Verehrung, welche wir während der nun fast zehnjährigen segensvollen Amtsthätigkeit für Eu. Excellenz empfunden haben, wurden aufs lebhafteste in uns erneuert in dem Augenblicke, da Eu. Excellenz das Ressort des Unterrichtsministeriums verlassen haben. Oesterreichs Schulwesen hat in dem letzten Decennium einen vor Beginn desselben nie geahnten Fortschritt gemacht; mit diesem Fortschritte aber wird der Name Eu. Excellenz für alle Zeiten verbunden bleiben. Die Bürgerschule, die Krone unseres Volksschulwesens, ist ausschließlich das Werk dieses Decenniums, sie schuldet Eu. Excellenz darum ewigen Dank. Der Verein „Bürgerschule“ in Wien und die mitunterzeichneten Bürgerschullehrer Oesterreichs erfüllen diese Dankspflicht, indem dieselben Eu. Excellenz die ehrfurchtsvolle Versicherung geben, daß die

garis des Vatum herstammende Benennung behalten haben und spottweise Codi von den Nachbarn genannt wurden? Auf die Vocale kommt es nicht an; wie der Slovane aus koliko kölk macht, so contrahiert auch der Rumune viele Selbstlaute. Cîc = Cîc kurz ausgesprochen. Die Herren Sprachforscher mögen darüber nachdenken.

Auch wäre es interessant zu wissen, was und in welcher Sprache das Wort Skitar bedeutete. In Beglia, wo es viele Rumunen gibt, kommt dieser Familienname häufig vor und bedeutet unseres Wissens auf slawisch nichts. Skitača bei Albana ist von Rumunen bewohnt und scheint ein Derivat von Skitar zu sein. Einst wies eine Frau aus Beglia, die eine geborne Skitar war, der betreffenden Behörde ein Diplom vor, womit einem ihrer Voreltern (wir glauben von Kaiser Carl IV.) die Comitiva major verliehen wurde, d. h. er wurde zum Comes Sacri Palatii Caesarei Lateranensis ernannt, es heißt darinnen: Schitar seu Scytarcha, Scytarum Dux, soll der erste der Familie gewesen sein. Vannilich enthielten derlei Diplome solche Uebertreibungen und Fabeln, und wir waren nie geneigt, die Stitars als Nachkommen scythischer Prinzen anzusehen.

Die Ueberschrift dieses Artikels sei dadurch gerechtfertigt, daß das gesammte Eiden-Gebiet und ein Theil Istriens durch Jahrhunderte zum Herzogthume Krain gehörten und daß selbst jetzt noch einige Ortschaften zu Krain gezählt werden, welche Eiden, d. h. nach unserer Ansicht Rumunen, zu Insassen hatten.

S.

Verehrung für Eu. Excellenz in ihren Herzen niemals ersterben wird und daß sie auch in späteren Tagen noch die Jugend lehren werden, den Mann zu segnen, dem unser Vaterland so viel, unendlich viel zu danken hat. Möge es Eu. Excellenz gegönnt sein, die Früchte dieses zehnjährigen unermüdblichen Wirkens noch reifen zu sehen; sie mögen Eu. Excellenz die beruhigende Gewissheit geben, daß diese zehn Jahre für Schule und Vaterland zu den segenvollsten zählen.

Die Verlängerung des deutschen Socialistengesetzes.

In der am 6. d. M. stattgefundenen Plenar-sitzung des deutschen Reichstages kam der Rechenschaftsbericht der preussischen Staatsregierung zur Verhandlung, in welchem die Gründe für die Verlängerung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes über Berlin dargelegt werden. Abgeordneter Bebel bestreitet, daß diese Darlegung die getroffene Maßregel rechtfertige, indess zweifelt er nicht, daß, wenn der Bericht auch noch wesentlich weniger enthalte, die maßgebenden Factoren im Reich ihre Genehmigung aussprechen würden. Denn Dinge, die, abgesehen von Rußland, überall erlaubt wären, würden bei uns als strafbar betrachtet. Jedenfalls lägen die Verhältnisse in Berlin nicht anders, als in hundert anderen deutschen Orten. Aber der Berliner Belagerungszustand wäre in Berlin nicht bloß nicht nöthig, er lasse sich auch mit dem Socialistengesetz nicht rechtfertigen. Die „Schneidigkeit“, mit welcher das Gesetz ausgeführt werde, sei um so empfindlicher, als vorzugsweise Familienväter von der Ausweisung betroffen würden, auch die Ausgewiesenen zum guten Theile solche Personen seien, die sich seit Jahren bereits jeder Agitation enthalten hätten. Hand in Hand mit diesen Ausweisungen gehe eine unerträgliche Spionage, selbst die social-demokratischen Abgeordneten würden von der Geheimpolizei verfolgt; namentlich seine Kollegen Frißche und Hasselmann würden derselben unterworfen. Auch die Frauen verschiedener Ausgewiesener würden in geradehin unsittlicher Weise belästigt. Der Redner sucht seine Beschwerden gegen die Berliner Polizeiverwaltung demnächst bezüglich der Ausführung des Gesetzes an vielen Einzelfällen zu erhärten. (Als der Redner, auf die letzteren gestützt, die Thätigkeit der Polizeibehörde als eine „verbrecherische“ kennzeichnet, ruft ihn der Präsident Graf Arnim mit dem Hinweis auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen zum erstenmale zur Ordnung.) Aber nicht bloß in Berlin würde die Existenz seiner Parteigenossen vernichtet, auch wenn sie auswärts eine Stellung gefunden, würde dieselbe von Berlin aus untergraben. Der Grund, daß die social-demokratischen Presse-erzeugnisse „Freiheit“ und „Social-Demokrat“ in Berlin viel verbreitet würden, wäre nicht stichhaltig, denn jene Schriften würden überall verbreitet, so sehr die Polizei sie auch zu inhibieren suche. Ueber den Inhalt der Schriften aber dürfe man sich nicht wundern, nachdem man der Social-Demokratie den legalen Weg, zu ihrem Rechte zu gelangen, abgeschnitten. Das Verlangen nach Rache und Vergeltung, welches sich in seinen Parteigenossen rege, sei eben die Folge der von diesem Hause selbst beschlossenen Gesetzgebung. Die Social-Demokratie werde jetzt verfolgt, wie die Liberalen in den zwanziger und dreißiger Jahren. Um so betrübender sei es, daß gerade mit deren Hilfe diese Gesetze geschaffen wurden.

Bundesbevollmächtigter Staatsminister Graf zu Eulenburg entgegnet, daß der Vorredner als hauptsächlichsten Grund gegen die verlängerte Maßregel angeführt habe, daß viele andere Orte mit Berlin in ganz gleicher Lage seien. Inzwischen sei es ja kein Geheimnis, daß Verhandlungen darüber geschwebt hätten, ob der Belagerungszustand nicht auch auf andere Orte auszudehnen sei. Dies sei nicht geschehen, und es könne also nur die Frage entstehen, ob diese Unterlassung mit Recht unterblieben sei. Berlin sei aber namentlich deshalb in einer besonderen Lage, als hier besonders ins Gewicht falle, was hier zu schützen sei. Die Mißlichkeit der Ausführung einer Maßregel, wie in Rede, sei unzweifelhaft und die Aufgaben der Polizei sehr schwierige. Aber ein Vorwurf, und zwar ein großer Vorwurf würde dieselbe nur dann treffen, wenn sie in provocatorischer Weise Leute zur Gesetzesübertretung veranlassen würde. Die einzelnen Beschwerden des Vorredners würde er, der Minister, prüfen, wenn ihm die einzelnen Daten angegeben würden. Abgesehen von allem übrigen, würde aber schon die Art und Weise die Verlängerung des Belagerungszustandes rechtfertigen, in welcher in einer der neuesten Kummern des Züricher „Social-Demokrat“ officiell die offene Auflehnung gegen Gesetz und Recht proclamiert werde. So lebhaft man also bedauern möge, diese Maßnahmen aufrechtzuerhalten, so hoffe er doch zuversichtlich, daß das Haus, wie früher, dieselben für gerechtfertigt erkennen werde. (Bravo! rechts.) — Abg. Sonnemann legt der Majorität ans Herz, auf die Beseitigung dieses schädlichen Ausnahmezustandes hinzuwirken. Abg. Bebel repliciert auf die Ausführungen des Bundesbevollmächtigten Grafen zu Eulenburg.

Darauf wird die bezügliche Denkschrift für erledigt erklärt und das Haus geht zur Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Verlängerung des Socialistengesetzes, über. Abg. Dr. Freiherr v. Hertling führt aus, wie seine Partei nach wie vor überzeugt sei, daß das Heilmittel gegen die destructiven Bestrebungen der Zeit nur in der Rückkehr aller Klassen der Bevölkerung zur wahren Selbstbeziehung liege und daß diese wiederum nur auf Grund wahrer Religiosität zu finden sei. Die principiellen Bedenken des Centrums, welche dasselbe 1878 gegen das zu erlassende Gesetz gehabt, bestehen allerdings auch heute, aber es sei doch zuzugeben, daß die damaligen Befürchtungen, wegen der unklaren Fassung und der Ausführung des Gesetzes, sich nicht bestätigt hätten, und so sei die Stellung seiner Partei zu dem bestehenden Gesetze doch eine wesentlich andere als damals. Ein allgemeines Rechtsgesetz sei allerdings auch jetzt, wie er zugebe, nicht zu erreichen. Es stehe also das Centrum dem Entwurfe nicht von vornherein pure ablehnend gegenüber; es verlange aber zunächst eine genaue Prüfung in der Commission, sowie einen eingehenden Bericht der Regierung über die Ausführung und Wirkungen des Gesetzes. Namentlich werde die Commission zu prüfen haben, ob das Gesetz in seinem ganzen Umfange und auf die ganze Zeitdauer aufrecht zu erhalten sei, welche der Entwurf vorschläge. Außerdem werde die Commission zu erörtern haben, wie die Konsequenzen des Gesetzes mit den Rechten und Pflichten der Reichstagsabgeordneten zu vereinigen seien. — Abg. Dr. Hänel erinnert das Centrum an seine im Jahre 1878 eingenommene Stellung, welche von dem vom Vorredner dargelegten Standpunkte wesentlich abweiche. Den Grund dafür sucht er in dem Wettkampfe zu erkennen, in den das Centrum mit anderen Parteien des Hauses bezüglich des Einflusses auf die Reichsregierung und besonders des Herrn Reichskanzler eingetreten sei. Was die Fortschrittspartei betreffe, so halte sie unentwegt an ihrer früheren Auffassung fest; umsomehr, als sich ihre Erwartungen auch bezüglich des praktischen Erfolges dieses Gesetzes vollkommen erfüllt hätten. Die praktische Handhabung dieses Polizeigesetzes könne auch gar keine solche sein, wie sie der Natur des Reichstaates entspreche. Demnach müsse die Fortschrittspartei aus principiellen wie praktischen Gründen gegen die Verlängerung des Gesetzes stimmen.

Abg. Bahlreich bestritt dem Abg. v. Hertling, daß durch die religiöse Erziehung des Volkes die socialen Uebel geheilt werden könnten, denn 1880 Jahre lange habe die Kirche die Erziehung des Volkes geleitet, und die Früchte dieser Erziehung seien die heutigen Zustände, die man jetzt mit Gewaltmaßregeln zu beseitigen suche. Beim Erlasse des Socialistengesetzes habe man in Aussicht gestellt, im Interesse der Arbeiter mit positiven Maßregeln das Gesetz zu ergänzen. Diese positiven Maßregeln hätten sich beschränkt auf den Erlaß neuer indirecter Steuern, Vermehrung der Militärlast, Beseitigung der Coalitionsfreiheit, Zerstörung der Arbeiter-Bildungsvereine und Vernichtung der Unterstützungskassen. Durch solche Gewaltmaßregeln, wenn man sie zu dauernden Institutionen erhebe, dränge man das Volk zu russischen Zuständen, und um eine solche Eventualität zu vermeiden, bitte er dringend, eine Verlängerung des Gesetzes abzulehnen. Abg. Lasker erkannte an, daß das Gesetz nur gegen die Social-Demokratie zur Anwendung gebracht worden sei, gegen diese aber in einer Weise, welche weit über die Intentionen der Majorität, welche das Gesetz erlassen habe, hinausgehe. Namentlich habe man zahlreiche Institutionen vernichtet, die gar nicht den social-demokratischen Bestrebungen gedient hätten, nur deshalb, weil Social-Demokraten dabei theilhaftig gewesen seien. Der Zweck des Gesetzes sei nur die Vernichtung der Presse und der Vereinsorganisation der Social-Demokratie gewesen. Dieser Zweck sei erreicht, und deshalb werde er gegen jede Verlängerung des Socialistengesetzes stimmen, um dasselbe nicht zu einer ständigen Institution werden zu lassen. Der Minister Graf Eulenburg bestritt entschieden, daß das Gesetz anders ausgeführt worden sei, als nach dem Wortlaut und dem Sinne desselben hätte geschehen sollen, und richtete an das Haus die dringende Bitte, mit der Regierung wegen der Dauer der Verlängerung nicht zu markiren. Abgeordneter Windhorst erwiderte dem Abgeordneten Hänel, daß die Stellung des Centrums durch das Gesetz bestimmt Verhältnisse geschaffen werden, das Centrum man nicht einfach ignorieren könne. Das Centrum behalte sich vor, diese Verhältnisse in ruhiger Erwägung zu ziehen und zu versuchen, ob das Gesetz so amendiert werden könne, daß es annehmbar erscheine. In dieser Haltung werde es sich durch niemanden irre machen lassen. Die Debatte wurde hiemit geschlossen und die Vorlage an eine Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Die Jesuitendebatte im französischen Senate.

Im französischen Senate, der am 6. d. M. die Berathung über den viel besprochenen Artikel 7 des Unterrichtsgesetzes fortsetzte, nahm der Unterrichtsminister Ferry seine in der vorigen Sitzung